Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig, Haben & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.30 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Marienplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Marienplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 45 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 48 | Dresden, Dienstag den 26. Februar 1918. | 29. Jahrg.

Hertling und Payer vor dem Reichstag.

Entgegenkommen an Wilson. — Rußland nimmt die Friedensbedingungen an. Payer für das gleiche Wahlrecht. — Entrüstungssturm rechts!

Aus dem Reichstag wird uns geschrieben:

Erst mit Aufnahme der Arbeit durch den gesundheitlich wiederhergestellten Vertreter des Kanzlers, Payer, ist die neue Reichsleitung voll in die Erscheinung getreten. Das erste gemeinsame Auftreten Hertlings und Payers im Reichstage hat für die gesamte Reichspolitik, die auswärtige wie die innere, eine Entwicklung gebracht, die, wenn sie in derselben Bahn weiter verbleibt, als eine günstige und erfreuliche gewertet werden kann. Seit Bethmann-Hollwegs Abgang erhob die konservative Reaktion immer dreister das Haupt, und die Regierungsmänner wagten es nicht, gegen das Treiben der „Vaterlandspartei" in Wort und Tat vorzugehen. In weitesten Volkskreisen mußte daher das Empfinden entstehen, als sei auch von der jetzigen Reichsleitung, obschon sie aus der Politik der Mehrheitsparteien hervorgegangen ist, nichts Gutes zu erwarten. Payers Auftreten gegen den „Zirkus Busch" ist geeignet, die stickig gewordene Athmosphäre neu aufzufrischen. Kaum jemals ist aber aber auch in der Geschichte des Reichstags ein solches Wutgeschrei von den Bänken der Rechten gegen einen Regierungsvertreter lautgeworden als an diesem Tage. Das kennzeichnet die Lage der Dinge.

Der Reichskanzler Graf v. Hertling behandelte zuerst die großen Fragen der Kriegspolitik. Am 24. Januar hatte sich Hertling im Hauptausschuß mit der Botschaft Wilsons vom 8. Januar beschäftigt. Seine damalige Rede mußte insbesondere in den Reihen der Sozialdemokratie einen wenig günstigen Eindruck hervorrufen. Weit mehr entgegenkommend zu der Botschaft Wilsons sprach sich zur selben Zeit der österreichisch-ungarische Minister Graf Czernin aus. Es folgte am 11. Februar die neue Antwort Wilsons auf Hertling und Czernin, in der ein starker Gegensatz zwischen der deutschen und der österreichischen Stellungnahme herausgearbeitet wurde. Es ist zu begrüßen, daß nunmehr auch Hertling sich zu einer klareren Friedenspolitik und zu einem besseren Entgegenkommen gegen die Vorschläge Wilsons entschlossen hat. Das hat die Sozialdemokratie in den letzten Wochen dringend von ihm gefordert und die beiden anderen Mehrheitsparteien haben sich ihr angeschlossen.

Der Reichskanzler beklagt in seiner jetzigen Rede, daß seine früheren Erklärungen über die Friedensmöglichkeiten von den Kriegsgegnern nicht vorurteilsfrei gewürdigt seien. Er spricht den Zweifel an dem Nutzen und Erfolg der bisherigen Art der staatsmännischen Zwiegespräche aus und richtet an Wilson die Aufforderung, eine Aussprache zwischen Bevollmächtigten in kleinem Kreise herbeizuführen. Dann gab Graf Hertling eine neue Erklärung über Belgien, die viel klarer ist als seine früheren. Er wiederholte nicht nur, daß Deutschland Belgien nicht behalten wolle, er berief sich auch ausdrücklich auf die Papstnote, die ein „nach allen Seiten unabhängiges Belgien" gefordert hat. Die Mittel und Wege, die dazu führen, sollen am besten in einem engen Kreise besprochen werden. Auch die belgische Regierung in Le Havre wurde zu solcher Aussprache geradezu eingeladen.

Auch sonst sind Hertlings Ausführungen jetzt weithin zustimmend zu den Friedensgrundsätzen, die Wilson aufgestellt hat. Die ganze Blutschuld, wenn es dennoch nicht zu Friedensverhandlungen kommt, wirft der Reichskanzler auf die Regierungen der Westmächte, die noch fortdauernd an ihren Eroberungsbestrebungen und wirtschaftlichen Vergewaltigungsplänen festhalten. Wir möchten die sehnsuchtsvolle Hoffnung aussprechen, daß doch noch auf Grund dieser neuen Erklärungen von deutscher Seite in letzter Stunde vor neuen Schlachten wirklich die Verbindungsbrücke des Friedens geschlagen werden kann.

Auch mit den Verhältnissen im Osten befaßte sich der Reichskanzler. Er konnte dem Reichstage die Mitteilung machen, daß der Abschluß des Friedens mit Rußland in nächster Aussicht steht. Schwierig, fügte er hinzu, seien die Verhandlungen mit Rumänien, bei denen es sich nicht nur um uns, sondern um unsere Verbündeten handelt und mancherlei Interessengegensätze auszugleichen sind.

Darauf nahm Herr v. Payer das Wort zu seiner Einführungsrede im Reichstage. Die sozialdemokratische Fraktion hat den Eintritt Payers, des alten schwäbischen Führers der Fortschrittspartei, in die Regierung stark begrüßt und unterstützt. Wir erwarteten selbstverständlich nicht von ihm, daß er etwas wie sozialdemokratische Politik treiben werde. Er ist ein bürgerlicher Minister und seine Aufgabe kann nur sein, gewisse dringende Hauptaufgaben der Gegenwart zur Lösung zu bringen. Nach der ersten Rede, die Payer vom Bundesratstisch hielt, darf gesagt werden, daß er den ernstlichen Willen besitzt, der ihm gewordenen Aufgabe ehrlich nachzukommen. Payer hat als Vizekanzler nicht seine alten Ueberzeugungen preisgegeben, er ist auch im neuen Amt der maderere Volksmann geblieben, der bereit ist, den Kampf aufzunehmen gegen die Rückwärtsler und Feinde des Volksrechts.

Was Payer über die Streikbewegung sagte, das war allerdings der schwächste Teil seiner Rede und entbehrte des Verständnisses für jene Vorgänge und für die Seele des Arbeiters. Immerhin aber hielt er sich dabei von Gehässigkeiten irgend welcher Art fern. Einen Höhepunkt seiner Rede erreichte Payer, nachdem er zuvor die sozialpolitischen Gesetzentwürfe kurz gestreift hatte, mit der Behandlung der Wahlrechtsfrage in Preußen. Was bisher von keiner Reichsleitung gewagt wurde, das sagte er unter allgemach einsetzenden Mißfallenstönen der Konservativen offen heraus, daß nämlich diese preußische Frage tief in die Verhältnisse des ganzen Reiches eingreift. Dann sprach er sich in klaren und scharfen Wendungen gegen die Machenschaften der Reaktionäre im Dreiklassenhause aus, die das Wahlgesetz auf ein totes Gleis zu bringen versuchen. Er forderte die Wahlrechtsfeinde auf, sich auf das zu besinnen, was sie der Allgemeinheit schuldig sind. Er kündigte an, daß das gleiche Wahlrecht mit Gewißheit kommt, und er fügte die Hoffnung hinzu, daß es auch bald kommt. Diese Fehdeansage, die Payer an die Rechte richtete, ließ eine wachsende Unruhe in den Reihen derer um Westarp und Kreth aufschäumen. Mit erregten Zwischenrufen begehrten die Wahlrechtsgegner gegen den Redner auf. Als dann aber Payer, nach Ausführungen über den Streik, fortfuhr, der Rechten einen Sündenspiegel vorzuhalten, brach die konservative Wut in einer wahren Explosion hervor.

Payers Rede war beherrscht von der Absicht, zur Einigkeit und Geschlossenheit des Volkes zu mahnen. Gegen die Konservativen wendete er sich, weil sie durch ihre maßlos gehässige Agitation gegen Andersdenkende die innere Geschlossenheit aufs schwerste gefährden und damit die Siegeshoffnungen der Kriegsgegner neu beleben. Er sagte ihnen ins Gesicht, daß sie den Willen einer Minderheit der Mehrheit des deutschen Volkes aufzwingen wollen. Er brandmarkte das Treiben derer, die von der „niederträchtigen Friedensresolution des Reichstags" reden und einen Kanzler fordern, „auf den geschossen wird und der schießen läßt". Eine solche Geißelung ihrer Sünden, eine so heftige Kriegserklärung hatten die Konservativen nicht erwartet. In immer wilderen Entrüstungsstürmen zeigten sie, wie sehr sie sich getroffen fühlten.

Die Frage wird sein, ob der neue Vizekanzler genügende Kraft besitzt, den Ansturm auszuhalten, der gegen ihn entfesselt werden wird. Zunächst haben wir es zu begrüßen, daß eine Klärung erfolgt ist, und die Aufgabe unserer Partei ist es, dafür zu sorgen, daß es nicht bei Wortgefechten bleibt, sondern daß die Taten folgen.

Reval und Pleskau besetzt. — Kämpfe in der Ukraine.

(W. T. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, den 26. Februar 1918.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn:

Vier Tage nach Ueberschreiten des Moon Sundes haben gestern vormittag die auf Reval angesetzten Truppen — Radfahrer, Kavallerie und Maschinengewehrschützen an der Spitze — unter Führung des Generalleutnants Freiherrn v. Seckendorff nach Kampf die Festung genommen.

In Livland haben viele Städte bei unserem Einzuge geflaggt. Zahlreiche durch die Russen verhaftete Landeseinwohner wurden befreit.

Südlich von Pleskau (Pskow) stießen unsere Regimenter auf starken Widerstand. In heftigem Kampfe schlugen sie den Feind. Die Stadt wurde genommen.

Heeresgruppe Linsingen.

Feindliche Kräfte warfen sich unseren in der Ukraine längs des Pripet vordringenden Abteilungen bei Rotenlewitschi entgegen. In schneidigem Angriff wurde der Feind geworfen, Stadt und Bahnhof erstürmt.

In wenigen Tagen haben die Truppen der Heeresgruppe Linsingen zu Fuß, mit der Bahn und auf Kraftwagen unter großen Anstrengungen und Entbehrungen mehr als 200 Kilometer zurückgelegt. Im Verein mit ukrainischen Truppen haben sie große Teile des Landes von plündernden Banden befreit.

Die ukrainische Regierung hat in den vom Feinde gesäuberten Gebieten die Ruhe und Ordnung wieder hergestellt.

An Gefangenen wurden an der Front neuerdings eingebracht 3 Divisionsstäbe, 180 Offiziere und 3676 Mann. Gefangenenzahl und Beute aus Reval und Pleskau lassen sich noch nicht übersehen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Die Dunkelkammer von Brest und Bukarest.

Wie der Reichskanzler gestern dem Reichstag mitteilte, haben die russischen Volkskommissare die deutschen Friedensbedingungen angenommen und abermals Vertreter nach Brest entsandt. Der Beschluß der russischen Regierung erfolgte auf die deutsche Antwort hin, die dem bolschewikischen Kurier am Donnerstag ausgehändigt worden war. Daraufhin fand laut P. T.-A. in der Nacht zum 24. Februar eine Vollsitzung des ausführenden russischen Hauptausschusses statt. Nach heftiger Debatte wurden die deutschen Friedensbedingungen von Brest-Litowsk, die aber durch die letzten Zusätze von Kühlmann ergänzt waren, angenommen. 126 Stimmen wurden dafür, 85 Stimmen dagegen abgegeben. 26 Mitglieder enthielten sich der Stimme, und 2 Anarchisten nahmen an der Abstimmung nicht teil.

Weder der Reichstag, noch die Presse kennt Kühlmanns Zusätze, man weiß nur, daß der Vormarsch weiter geht. Reval wurde gestern vormittag besetzt, ebenso Pleskau (Pskow), die Stadt südlich des Peipus-Sees. Rußland kapituliert, Krylenko soll um Erneuerung des Waffenstillstands ersucht haben — der Vormarsch geht weiter! Wegen der fünf Prozent Deutschen, die in Estland und Finnland von den Banden bedroht werden, die sich Bolschewiks und Rote Garde nennen? Ach, wenn's nur zur Rettung einer bedrängten Bevölkerung wäre! Aber nach den bisherigen Pressedarlegungen muß man annehmen, daß das politische Ziel des Vormarsches die Loztrennung Estlands und Livlands von Rußland ist. Hertling hat zwar die Regierung gegen den Verdacht verwahrt, daß sie etwa eine Festsetzung Deutschlands in Livland anstrebe. Nein, das will Hertlings Regierung nicht. — sondern eine Unabhängigkeit der baltischen Provinzen, eine Regelung ihres Schicksals auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts und ohne Rußlands Einverständnis. Aus Furcht vor dem russischen Koloß trachten die Mittelmächte danach, ein Bollwerk von Pufferstaaten zwischen sich und dem Riesen zu legen. Aber dieses Bollwerk ist keins, sondern kann auseinander fallen, sowie Rußland zu einer neuen, demokratischen Ordnung erwacht. Und was dann zurück bleibt, ist höchstens ein Zustand der Spannung zwischen den Mittelmächten und Rußland. Und zerfällt das Bollwerk nicht, so wird Rußland die Erinnerung an seine ehemalige Position an der Ostsee erst recht nicht los.

Die Sozialdemokratie hat ihre Bedenken gegen diese Regelung der Ostfragen in der Presse und im Reichstag oft dargelegt, doch die Bolschewiki mit ihrer doktrinären Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker bis zur Loslösung von Rußland haben unseren Nationalisten die Arbeit erleichtert. Wenn jetzt im Osten aus dem von uns geförderten und geforderten Verständigungsfrieden nur ein Friede der Verständigung mit den besetzten Gebieten wird, so schmerzt uns das, doch unser Protest verhallt, nachdem uns die Bolschewiki die triftigsten Argumente gegen solche Lösung zerstört haben.

Dunkel, wie die Kühlmannschen Zusätze von Brest, sind uns auch die Forderungen des Vierbundes an Rumänien. Nach Hertlings gestriger Aeußerung wird es in den Bukarester Verhandlungen bei der „Wahrung der Interessen der Verbündeten Schwierigkeiten geben?" Das soll wohl auf Bulgarien deuten, dessen Regierung die Dobrudscha bis zur Donau-Mündung fordert, eine Regelung der Dobrudschafrage, die den Interessen der Mittelmächte zuwiderliefe. Zu den Verhandlungen erfährt das Berliner Tageblatt:

> Nach österreichischen Pressemeldungen sollen die Verhandlungen bisher einen günstigen Verlauf nehmen. Das Hauptgewicht legen die Rumänen auf drei bessarabische Kreise, die sie im Berliner Frieden verloren, so daß das russische Sandschakkonsulat, welche die Gebiete Jismael, Bolgrad und Kahul umschließen. General Averescu hat kein Kabinett zu bilden, er konnte aber bisher keinen der in Bukarest zurückgebliebenen rumänischen Parlamentarier zum Eintritt in das Kabinett veranlassen.

Nach Mitteilung Budapester Blätter wird Oesterreich-Ungarn von Rumänien militärische und wirtschaftliche Sicherungen verlangen. Die siebenbürgische Frage, die Frage der Dobrudscha und die Frage der unteren Donau sollen im

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19180226/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG